



Freitag, 27. April 2018, 15:46 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Endlich wieder Krieg!

Deutschland nimmt am Tisch der westlichen Kriegsverbrecher Platz.

von Karin Leukefeld
Foto: Alessandro Colle/Shutterstock.com

Die USA wollen Syrien aufteilen und den Einfluss Russlands und des Iran in der Region zurückdrängen. Der von den USA angeführte völkerrechtswidrige Einsatz der „Anti-IS-Koalition“ in Syrien soll im

Euphrat Tal ausgeweitet werden, Frankreich hat militärische Spezialkräfte nach Syrien entsandt. Deutschland unterstützt die US-Pläne und ist in die „Kleine Syriengruppe“ aufgenommen worden, in der die USA mit Großbritannien, Frankreich, Jordanien, Saudi-Arabien und nun auch Deutschland ausgewählte Partner im Kampf um den geostrategischen Einfluss in der Levante um sich geschart hat. Russland soll überredet werden, den syrischen Präsidenten Bashar al Assad fallen zu lassen, damit der Westen zukünftig in Damaskus mitregieren kann. Lässt Moskau sich nicht darauf ein, wird die USA mit ihrer „Kleinen Syriengruppe“ den Druck auf Russland weiter erhöht. Das Völkerrecht, das in der UN-Charta die Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates verbietet, haben die Akteure der US-geführten „Syriengruppe“ schon weit hinter sich gelassen.

„Deutschland gibt eine Milliarde Euro zusätzlich für Syrien“. So lautete eine Schlagzeile der Deutschen Presseagentur vor wenigen Tagen (25.4.2018). Das Geld werde für „die notleidenden Menschen in Syrien und für Kriegsflüchtlinge in den benachbarten Ländern“ bereitgestellt, so Außenminister Heiko Maas bei seiner Ankunft in Brüssel.

Maas nahm in der belgischen Hauptstadt an einer von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union ausgerichteten Geberkonferenz für Syrien teil. Seit Beginn des Krieges in Syrien hat die Bundesregierung insgesamt 4,5 Milliarden Euro bezahlt, um die Folgen des Krieges in Syrien für die Nachbarländer Syriens abzufedern. Bei einer entsprechenden Konferenz 2017 war die

Bundesregierung der größte Geber. Das Welternährungsprogramm (WFP) in Syrien wird zu 50 Prozent mit deutschen Hilfsgeldern finanziert. Der „Schutz der Zivilbevölkerung“ habe „oberste Priorität“, so Maas. Deutschland wolle „mit allem Nachdruck“ den politischen Prozess zur Lösung des Konflikts in Syrien wieder in Gang setzen.

Die Hilfe ist allerdings nicht für alle Syrer und nicht für ganz Syrien gedacht. Das machte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am gleichen Tag (25.4.2018) in Brüssel klar. Sie warnte Russland und den Iran, den syrischen Präsidenten Bashar al Assad weiter zu unterstützen:

„Die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft werden sich nur dann am Wiederaufbau Syriens beteiligen, wenn es einen politischen Prozess unter Schirmherrschaft der UN gibt“, sagte sie.

Bis dahin, so die Schlussfolgerung, wird die EU also nur Flüchtlingen in den Nachbarländern helfen und Wiederaufbauhilfe – wie bisher – nur den Syrern gewähren, die in den von der (bewaffneten Opposition), der Türkei oder den USA und den syrischen Kurden kontrollierten Gebieten Syriens leben. Zwar will die EU Mogherini zufolge ein „demokratisches und vereintes Syrien“, doch für den gewählten syrischen Präsidenten soll es in seiner Heimat in Zukunft keinen Platz mehr geben.

Eine weitere Meldung machte an dem Mittwoch der Brüsseler „Geberkonferenz für (nicht ganz) Syrien“ Schlagzeilen: „Deutschland wird in Syrien-Kerngruppe aufgenommen“ berichtete wiederum die Deutsche Presseagentur. Schon am Donnerstagabend konnte Außenminister Maas an dem ausgewählten Kreis teilnehmen. „Dass wir jetzt dort mit dabei sind, ist für uns auch ein Erfolg“, sagte Maas. „Ziel ist es, darüber zu reden, inwieweit wir einen politischen Prozess zur Lösung des Syrien-Konflikts wieder anstoßen können.“ Deutschland hatte sich bisher vergeblich darum

bemüht, zu den Treffen der „Syrien-Kerngruppe“ eingeladen zu werden. Jetzt saß mit Maas erstmals ein deutscher Außenminister mit am Tisch.

Die „Kleine Syriengruppe“

Die so genannte „Syrien-Kerngruppe“ entspricht der „Kleinen Syriengruppe“, die sich erstmals am 11. Januar 2018 in Washington traf. Auf Einladung des US-Außenministeriums hatten damals fünf Staaten an dem Treffen teilgenommen: David Satterfield (Leiter der Abteilung für Nahostfragen im US-Außenministerium), Hugh Cleary, Leiter der „Syrien-Gruppe“ im britischen Außenministerium, Jerome Bonnafont, Leiter der Abteilung für den Nahen Osten und Nordafrika im französischen Außenministerium.

Bei den zwei arabischen Teilnehmern handelte es sich um Nawaf Wasfi al-Tall, Berater des jordanischen Außenministers und seit 2011 verantwortlich für die Syrien-Politik Jordaniens sowie General Jamal Al-Aqeel, Sicherheitsbeauftragter im Innenministerium Saudi-Arabiens. Das von dem britischen Diplomaten Benjamin Norman geführte Protokoll gelangte an die libanesische Tageszeitung Al Akhbar, die am 22. Februar 2018 ausführlich darüber berichtete. Rubikon veröffentlichte am 3. März 2018 die deutsche Übersetzung des Artikels der Kollegen Mohammad Ballout und Walid Scharara unter dem Titel **„Lasst uns Syrien aufteilen“** (<https://www.rubikon.news/artikel/lasst-uns-syrien-aufteilen>).

Bei dem Treffen der „Kleinen Syriengruppe“ wurde die US-Strategie für die Teilung Syriens vorgestellt, die der damaligen US-Außenminister Rex Tillerson wenige Tage später ausführlich in seinem Vortrag **„Weg nach vorne in Syrien“** (<https://www.youtube.com/watch?v=Qyy0-LBKG38>) an der Stanford Universität erläuterte. Inzwischen heißt der US-

Außenminister Mike Pompeo, der bisher Chef des US-Geheimdienstes CIA war. Die Eckpfeiler der von Tillerson skizzierten US-Pläne für Syrien dürften weiter Bestand haben.

Die bei dem Januarterreffen der „Kleinen Syriengruppe“ anwesenden Länder verabredeten, wie sie auf die Zukunft Syriens Einfluss nehmen wollen und stimmten den vom US-Vertreter Satterfield vorgestellten Punkten zu:

- 1 Syrien soll geteilt und das östliche Territorium soll als „Euphrat-Region“ abgetrennt werden. Das Weiße Haus stellt dafür jährlich 4 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, u.a. um eine Grenzschutztruppe auszubilden, die verhindern soll, dass die syrische Armee in dieses ressourcenreiche Gebiet Syriens zurückkehren kann.
- 2 Die Gespräche in Sotschi (31.1.2018) sollen zum Scheitern gebracht werden.
- 3 Die Türkei soll umworben werden.
- 4 De Mistura (UN-Sonderbotschafter für Syrien) soll angewiesen werden, die Genfer Gespräche zu reaktivieren.
- 5 Das Acht-Punkte-Papier, das am 26. Januar 2018 bei einem UN-Treffen zu Syrien in Wien von dem US-Vertreter vorgelegt worden war, soll als Grundlage für eine politische Lösung für Syrien umgesetzt werden.

Die Vertretet der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Jordaniens und Saudi-Arabiens einigten sich, dass „in diesem Sinne 2018 konkrete Fortschritte auf syrischem Territorium“ erreicht werden sollten. Der „angebliche Siegeszug der Russen“ solle widerlegt werden. Neben weiteren Treffen einigte man sich auch darauf, dass die „Kleine Syriengruppe“ um Deutschland, Ägypten und auch durch die Türkei erweitert werden solle.

Protokollführer Norman merkte in einem seiner Kommentare an, man habe wenig darüber diskutiert, wie „*wir den Druck auf Russland aufrechterhalten oder auch erhöhen, wenn es das Regime nicht in der*

Art ausliefert, wie wir es erwarten. An dieser Front sollten wir das fortsetzen, was wir bereits tun – die schreckliche humanitäre Situation und die Komplizenschaft Russlands bei den Bombenangriffen auf zivile Ziele hervorheben."

Deutschland ganz vorne mit dabei

Nun also ist Deutschland in den Kreis der Auserwählten in die „Kleine Syriengruppe“ (Syrien-Kerngruppe) aufgenommen worden und kann ganz vorne bei der Aufteilung Syriens mit dabei sein. Die von Außenminister Maas betonte Initiative für eine Wiederaufnahme der politischen Gespräche über die Zukunft Syriens unter dem Dach der Vereinten Nationen in Genf ist nur einer der Punkte, mit denen die USA nicht nur Syrien, sondern auch Russland in die Unterwerfung zwingen will.

Es empfiehlt sich, die von dem damaligen US-Außenminister Tillerson vorgetragenen zentralen Punkte anzusehen, die er bei dem Stanford-Vortrag anführte (1): Die endgültige Niederschlagung des „IS“ und von Al Khaida (2).

Der Konflikt zwischen dem syrischen Volk und dem Assad-Regime müsse durch die UN entsprechend der UNSR-Resolution 2254 gelöst werden mit dem Ziel, „ein stabiles, vereintes, unabhängiges Syrien“ zu schaffen, das „als Staat funktioniert“ und mit einer „nach-Assad-Führung“ ausgestattet sein soll (3). Der iranische Einfluss in Syrien muss zurückgedrängt werden (4). Bedingungen schaffen, damit Flüchtlinge und Inlandsvertriebene sicher und freiwillig zurückkehren können (5). Syrien soll frei von Massenvernichtungswaffen sein.

Russland müsse unter Druck gesetzt werden, das „Assad-Regime“ wiederum unter Druck zu setzen, „konstruktiv“ am Genfer Prozess

mitzuwirken und eine „ultimative Lösung durch den UN-geführten Genfer Prozess“ für Syrien zu fördern. Russland müsse den Druck erhöhen, damit die Genfer Vereinbarung in Syrien endlich umgesetzt werde. „Stabilisierung“ sei eine zivil-militärische Aufgabe, so Tillerson weiter:

„Unsere militärische Präsenz in Syrien wird vom Außenministerium und von Teams der US-AID (staatliche US- Organisation für internationale Hilfe und Entwicklung) abgesichert, die bereits mit lokalen Verwaltungen arbeiten, um dem befreiten Volk zu helfen, ihre eigenen Kommunen zu stabilisieren.“

Diese Politik solle durch die „USA, Europa und regionale Partner“ dadurch ergänzt werden, dass man „keine internationale Wiederaufbauhilfe für irgendein Gebiet unter Kontrolle des Assad-Regimes“ leisten wird. „Wir haben alle, die an der Zukunft Syriens interessiert sind, aufgefordert, das gleiche zu tun“, **so Tillerson** (<https://translations.state.gov/2018/01/17/secretary-of-state-rex-tillerson-on-the-way-forward-for-the-united-states-regarding-syria/>).

„Stattdessen werden wir internationale Hilfe für die Gebiete fördern, die unter der Kontrolle der Globalen Koalition (Anti-IS-Koalition) und ihrer lokalen Partner vom IS befreit worden sind. Wenn Assad nicht mehr an der Macht ist, werden die USA gern die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Syrien und anderen Staaten fördern. Bis dahin fordern die USA alle Staaten auf, den wirtschaftlichen Druck auf Assad aufrechtzuerhalten und Syrien (erst) nach einer politischen Transition (deutsch: Wandel, Veränderung, Regime-Change) wieder aufzubauen. Wir erwarten, dass der Wunsch nach einem normalen Leben und der (wirtschaftliche, politische, militärische) Druck das syrische Volk und Einzelpersonen aus dem Regime aufrüttelt, um Assad zum Rücktritt zu zwingen.“

Am Rande der „Wiederaufbaukonferenz für den Irak“ in Kuwait

(8.2.2018) präzisierte Tillerson die US-Pläne für Syrien folgendermaßen:

„Die USA und die Koalitionsstreitkräfte kontrollieren heute 30 Prozent des syrischen Territoriums und, damit verbunden, einen großen Anteil der Bevölkerung sowie der syrischen Ölquellen.“

Das mache den US-Einfluss in Syrien klar.

Die Bundesregierung hat geliefert: Keine Wiederaufbauhilfe für ganz Syrien, solange Präsident Assad noch dort regiert. Hohe Geldsummen, um die Nachbarstaaten zu stabilisieren, Druck auf Moskau bei gleichzeitigem Gesprächsangebot und auch im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit wird durch die staatliche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) einiges geleistet.

Bei der Syrien-„Stabilisierung“ à la USA soll Deutschland weiterhin sowohl militärische als auch humanitäre Aufgaben übernehmen. Die Bundeswehr gehört schon jetzt zu der US-geführten „Globalen Allianz gegen den IS“, ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates und daher völkerrechtswidrig.

Deutsche Soldaten sind als Militärberater und -ausbilder in Erbil, Bagdad und Amman stationiert, deutsche Sicherheitsexperten bilden auf Militärbasen in Syrien „lokale Partner“ im Minenräumen und für Sicherheitsaufgaben aus. Die Bundesregierung dementiert die Anwesenheit deutscher Spezialkräfte der Bundeswehr in Syrien, obwohl lokale Quellen (gegenüber der Autorin) wiederholt die Anwesenheit deutscher Soldaten im Nordosten Syriens bestätigt haben. Der Bundeswehreinsatz im Rahmen der US-geführten „Anti-IS-Allianz“ (Operation Inherent Resolve) umfasst aktuell noch 800 Soldaten.

Im humanitären Bereich sind – neben der offiziellen staatlichen

Hilfe für UN-Organisationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) - staatliche und private Hilfsorganisationen in Idlib und in Aleppo-Land aktiv. Diese Gebiete werden von der Nusra Front, Ahrar al-Sham, Faylaq al Rahman und von der Türkei kontrolliert, die völkerrechtswidrig nach Syrien einmarschiert ist und dort staatliche türkische Strukturen installiert. Im Rahmen der Astana-Deeskalationsvereinbarung für Idlib hat die Türkei offiziell temporär Soldaten nach Idlib entsandt.

Deutsche staatliche und private Hilfsorganisationen sind auch bei Manbij und östlich des Euphrat aktiv. Die Bundesregierung hat mindestens 10 Millionen Euro für das Minenräumen im verwüsteten Rakka zugesagt. Das deutsche oder von Deutschland finanzierte Engagement entspricht dem vom ehemaligen US-Außenminister Rex Tillerson skizzierten zivil-militärischen Engagement zur „Stabilisierung“ der „befreiten Gebiete“ in Syrien.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist die staatliche Entwicklungszusammenarbeitsorganisation in der Bundesrepublik Deutschland und entspricht der US-AID, die in Syrien die militärische Präsenz absichert. Die GIZ kooperiert mit staatlichen und privaten Hilfsorganisationen sowie mit der syrischen oppositionellen „Interimsregierung“, um „lokalen Verwaltungen und dem befreiten Volk zu helfen, ihre eigenen Kommunen zu stabilisieren“, wie Tillerson ausführte (s.o.).

Wer Frieden will, muss das Völkerrecht akzeptieren

Wer Frieden in Syrien will, muss die Tatsachen im Land akzeptieren, auch wenn sie ihm nicht gefallen. Die militärische und politische Unterstützung Russlands hat den syrischen Präsidenten Assad gestärkt und das Land stabilisiert.

Nicht der Westen, sondern die von Russland vorgeschlagenen und unterstützten Deeskalationsgebiete, Waffenstillstände und Vereinbarungen zwischen Regierung und Kampfgruppen haben den Weg für eine innersyrische politische Lösung geebnet. Nicht der Westen, sondern Russland ist eine, wenn nicht sogar die neue Ordnungsmacht in Syrien und in der Region.

Der westliche Plan – Assad zu beseitigen – ist gescheitert. Die syrische Opposition, einschließlich der syrischen Kurden östlich des Euphrat, ist nicht in der Lage, allen Syrern in ganz Syrien eine politische Perspektive zu bieten. Wer etwas in Syrien ändern will, sollte seine Ideen in eine innersyrische Debatte einbringen, dafür braucht Syrien und brauchen die Syrer Unterstützung.

Beratungen auf G7- und NATO-Ebene darüber, wie der „Druck auf Russland“ erhöht werden kann, damit Moskau die syrische Führung ausliefert, sind ein Rezept für Eskalation. Die anhaltende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens verstoßen gegen die UN-Charta. In Artikel 2, Absatz 3 heißt es:

„Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.“

Und Artikel 2, Absatz 4 führt aus: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Postskriptum: Inzwischen ist bekannt geworden, dass Frankreich vor zwei Wochen offiziell militärische Spezialkräfte nach Syrien entsandt hat, um angeblich dort gegen den „Islamischen Staat“ zu kämpfen. Ohne Einladung der syrischen Regierung und ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates ist der Einsatz völkerrechtswidrig.

Die Nachricht kam von US-Verteidigungsminister James Mattis, der (26.4.2018) vor dem US-Kongress in Washington den Abgeordneten Rede und Antwort über den Einsatz der US-Truppen in Syrien stand. Die US-Armee werde ihren Einsatz im Euphrat-Tal erheblich ausweiten, so Mattis. Bis auf weiteres werden die USA sich nicht aus Syrien zurückziehen.

Stattdessen sollen die Golfstaaten neben der Finanzierung der US-Truppen zukünftig auch Soldaten nach Syrien entsenden, um die US-Truppen zu entlasten. Das hatte US-Präsident Donald Trump bei dem Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron angekündigt. Der saudische Außenminister Adel al Jubair nahm das zum Anlass, dem kleinen, aber reichen Nachbarn Katar zu drohen. Sollte Katar nicht Soldaten nach Syrien entsenden, werden die USA ihre schützende Hand über dem Emirat zurückziehen, meinte Jubair. Dann werde das Emirat in weniger als einer Woche gestürzt.

Die USA hat rund 11.000 Soldaten auf der Al Udeid Luftwaffenbasis in Katar stationiert, die Platz für 120 Flugzeuge bietet. Seit dem 8. Februar 2016 hängt in der US-geführten Kommandozentrale für gemeinsame Luftoperationen auch eine deutsche Fahne. Offiziere der Bundeswehr/Luftwaffe sind an der Koordinierung militärischer Flugbewegungen über Irak und Syrien beteiligt. Die Kommandozentrale in Katar koordiniert neben den militärischen Angriffen über Irak und Syrien auch die Luftwaffe über Afghanistan und 17 weiteren Nationen.

2016 wurde erstmals über den Einsatz französischer Spezialkräfte in Syrien berichtet. Auch die Bundeswehr soll – an der Seite der Franzosen – mit einigen Dutzend Spezialkräften in Syrien im Einsatz sein. Die Rede ist von der Beratung und Ausbildung der von Kurden geführten „Syrischen Demokratischen Kräften“. Sowohl Paris als auch Berlin dementierten.

RUBIKON



— “ —

WIR BESITZEN **30 PROZENT**
VON SYRIEN, WO
WAHRSCHEINLICH **90 PROZENT**
DER VORKRIEGSPRODUKTION
VON ÖL STATTFAND.

— ” —

DAVID ADESNIK

LEITER DER US-AMERIKANISCHEN
„FOUNDATION OF DEFENSE OF DEMOCRACIES“

RUBIKON



AM DONNERSTAG, 26.04.18, SAGTEN
17 MITWIRKENDE (UND DAMIT FAST ALLE!)
DES „GIFTGAS-VIDEOS“ DER WEISSHELME
AUS DUMA IN DEN HAAG AUS.

ÄRZTE, PFLEGER, ZIVILISTEN, TECHNIKER,
HAUSMEISTER: **ALLE** AM LEBEN, **ALLE**
GESUND UND **ALLE** GABEN ÖFFENTLICH
ÜBEREINSTIMMEND AN:

„ES GAB KEINEN
ANGRIFF, ES GAB KEIN
GIFTGAS, ES GAB
KEINE OPFER.“

#RUBIKONFACTS



Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Karin Leukefeld, Jahrgang 1954, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Sie engagierte sich für die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundespartei) sowie der Informationsstelle El Salvador. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin im Mittleren Osten tätig und seit 2010 in Damaskus akkreditiert.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>))** lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.